

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/04/2007
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 16.05.2007
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. Arbeitskreis sexuelle Gewalt und Kindesmißhandlung
Bericht Frau Borchmann
6. Geschäftsbericht 2006 für den Fachbereich Jugend & Soziales
Vorlage: 0406/2007
7. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen
hier: Absenkung der Kosten der Erziehungshilfe 55-M 05
Vorlage: 0413/2007
8. Familienzentren
Hier: Mündlicher Bericht - Stand der Planung
9. Fortschreibung der Kindergarten - Bedarfsplanung
Betreuungssituation im Kindergartenjahr 2007/2008
Vorlage: 0420/2007
10. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüßt die Ausschussmitglieder und berichtet zunächst über die Inhalte der zuvor stattgefundenen Unterausschusssitzung Jugendhilfeplanung. Er weist in diesem Zusammenhang auf die am 19.06.07 stattfindende Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses hin, in der die Themen Offene Ganztagschule und Familienzentren Thema seien. Zum Thema Offene Ganztagschule werde gemeinsam mit dem Schulausschuss beraten.

Er bittet, die Tagesordnung um einen neuen Tagesordnungspunkt zu erweitern, in dem Frau Borchmann vom Arbeitskreis sexuelle Gewalt und Kindesmißhandlung von ihrer Arbeit berichten wird. Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden. Der neue Tagesordnungspunkt wird nach TOP 4 behandelt.

Anschließend verpflichtet Herr Strüwer Frau Jana Fischer als neues Mitglied im Jugendhilfeausschuss. Sie vertritt Frau Fatima Caliskan für die Hagener Jugendparlamente.

2. Mitteilungen

Herr Goldbach berichtet über verschiedene Förderprogramme. Das Programm LOS sollte eigentlich in diesem Sommer auslaufen. Es werde eine weitere fünfte Förderperiode geben. Für ein weiteres Programm „Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ sei ein Antrag gestellt worden mit dem Ergebnis, dass man auch hier in der Förderung sei.

In der jetzigen Phase werde der lokale Aktionsplan mit den freien Trägern und anderen besprochen. Hier wolle man gern den Jugendhilfeausschuss einbeziehen und schlage vor, dass zwei Vertreter des JHA im Begleitausschuss, der auch die Förderentscheidungen treffe, dabei seien.

Herr Sczukowski erinnert daran, dass er angekündigt habe, dem Ausschuss genauere Zahlen zur Sprachstandserhebung für Kinder zu liefern. Inzwischen habe er Zahlen von sieben seiner Einrichtungen vorliegen. Der Zeitaufwand für Fachkraftstunden liege dort zwischen 16 und 24 Stunden. Daraus ergäbe sich, dass pro Kind eine Fachkraftstunde notwendig sei. Er gehe davon aus, dass diese Erhebung bei anderen Trägern ähnlich seien.

Herr Dr. Schmidt bedankt sich und erklärt, dass er davon ausgehe, dass für die Stadt Hagen dabei ein sechsstelliger Betrag zusammenkomme. Man werde alle



entstehenden Kosten mit der Bitte um Erstattung an die Landesregierung weiterleiten.

Herr Strüwer bewertet die Sprachstandserhebung positiv, hält aber die Finanzierung für eine Schwäche im System.

Frau Schwanke berichtet aus dem Jugendrat Mitte. Am 27.04.07 hätten fünf Jugendliche aus der Szene am Runden Tisch Bergstraße teilgenommen. Fazit sei dabei gewesen, dass der Dialog zwischen allen Beteiligten sehr positiv gewesen sei. Es sei von allen Beteiligten der Wunsch geäußert worden, eine AG zu den Themen Gewalt und Vandalismus zu gründen. Das Ganze werde vom Kinder- und Jugendbüro und der Polizei begleitet. Ziel sei es, beim nächsten Runden Tisch neben den sonstigen Beteiligten auch eine Delegation von Jugendlichen aus allen Szenen vor Ort zu haben. Sie denke, dass von den Jugendlichen Vorschläge gemacht würden, die zu einer gemeinsamen Lösung führten.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass am Samstag, dem 16. Juni die erste Integrationskonferenz stattfindet. Hierzu würden die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und die Fraktionen rechtzeitig eingeladen. Die Konferenz beginne um 9.30 Uhr und dauere bis 16.30 Uhr. Es werde 5 verschiedene Arbeitsgruppen geben.

3. Anliegen der Jugendräte

Frau Fischer stellt sich kurz vor. Sie kommt aus dem Jugendrat Hohenlimburg und besucht das Gymnasium Hohenlimburg.

Wegen des weiteren Vorgehens in Bezug auf die Ruhrtaflöbe fände am 25.05.07 ein Treffen der Mitglieder der Hagerer Jugendräte zusammen mit dem Vorstand des Yachtclubs vor Ort statt. Der Yachtclub habe bereits signalisiert, dass er an einer weiteren Zusammenarbeit mit den Jugendräten interessiert sei und bereit sei, diesen entgegenzukommen.

Herr Traut berichtet zum Thema Elmar-Sportplatz, dass eine Menge Unterschriften gesammelt worden seien, um die Bebauung des Sportplatzes zu verhindern. Diese würden jetzt mit einem Brief an den Bischof in Paderborn geschickt.

Desweiteren habe er den Auftrag erhalten, eine Bitte des Jugendrates Haspe um Unterstützung weiterzuleiten. Es gehe hierbei um den Schulhof der Grundschule Hestert. Dieser würde laut Beschluss der Bezirksvertretung Haspe für parkende Autos an Wochenenden zu Spitzenzeiten des Hestertfreibades freigegeben. Dadurch hätten die Jugendlichen keine Möglichkeit mehr, dort zu spielen. Der Jugendrat Haspe hätte schon darum gekämpft, dass diese Freigabe nicht erfolge, aber noch nichts erreicht. Daher werde der Jugendhilfeausschuss um Hilfe gebeten, dass der Schulhof frei bleibe und nicht zu Parkzwecken freigegeben werde.



Herr Strüwer stellt fest, dass der Ausschuss sich darüber einig sei, dass das Anliegen der Jugendlichen, Schulhöfe in außerschulischen Zeiten als Spielfläche zu nutzen, vom Jugendhilfeausschuss unterstützt werde. Die Bezirksvertretung Haspe tagt heute zeitgleich. Die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses finde in weniger als vier Wochen statt. Nach Rückkoppelung aus der Bezirksvertretung werde man die Sache dann nochmals vertiefen. Herr Traut ist mit diesem Verfahren einverstanden.

Herr Dücker unterstützt den Vorschlag des Vorsitzenden. Die Parksituation am Freibad Hestert sei auch für die Anwohner schlecht und da nur die Tage am Wochenende angedacht seien, plädiere er dafür, einen Kompromiß zu finden.

Herr Traut entgegnet, dass Samstag und Sonntag die Hauptspielzeiten für Jugendliche seien. Er erinnert daran, dass es einen Vorschlag gegeben habe, einen Pendelbusverkehr einzurichten. Dieser sei nicht angenommen worden. Dies könne erneut diskutiert werden.

Herr Strüwer gibt zu bedenken, dass auch noch geklärt werden müsse, wer für dieses Problem zuständig sei. Da nun im Moment der Jugendrat Haspe mit der Bezirksvertretung Haspe im Dialog stehe, werde man die Angelegenheit in der nächsten Sitzung erneut aufgreifen.

Herr Dr. Schmidt schlägt für den Fall, dass bis dahin noch kein Kompromiss gefunden worden sei, vor, dass er ein Meinungsbild des Ausschusses als Verwaltung vertreten werde. Wenn dies ein anderes sei, als dass die Spielflächen für die Kinder zur Verfügung stünden, bitte er um Meldung. Ansonsten würde er diese Meinung gern vertreten.

Herr Reinke erinnert an einen gleichlautenden Beschluss, den der Jugendhilfeausschuss vor einem Jahr gefasst habe.

Herr Strüwer fasst als Meinungsbild der Ausschussmitglieder zusammen, dass die Verwaltung aufgefordert wird, dort in diesem Sinne aktiv zu werden.

4. Bündnis für Familien

Frau Walter stellt den zehnten Bericht des Bündnisses für Familien vor. Die Inhalte können der beigefügten **Anlage zu TOP 4** entnommen werden.

Anschließend teilt sie mit, dass die Koordinierungsstelle des Lokalen Bündnisses für Familien in Hagen nun im Fachbereich Jugend und Soziales angesiedelt sei. Die Leistungsbeschreibung der Koordinierungsstelle seitens der Verwaltung beinhalte auch die Vertretung des Bündnisses in diversen Gremien. Somit werde ab der nächsten Sitzung die Koordinatorin des Bündnisses, Frau Sabine Schmitz, die Vertretung im Jugendhilfeausschuss übernehmen. Sie bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für ein Jahr sehr guter Zusammenarbeit.



Herr Strüwer stellt fest, dass Frau Walter das Bündnis für Familien in Hagen in kompetenter und eloquenter Weise vorangetrieben habe. Er bittet Frau Walter, auch an der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses teilzunehmen und bedankt sich herzlich für ihr Engagement und wünscht ihr weiterhin alles Gute.

5. **Arbeitskreis sexuelle Gewalt und Kindesmißhandlung** **Bericht Frau Borchmann**

Herr Strüwer begrüßt Frau Borchmann, die über den Stand der Aktivitäten und Zielvorstellungen des Arbeitskreises sexuelle Gewalt und Kindesmißhandlung berichtet.

Sie bittet den Ausschuss um Unterstützung bei der Einrichtung einer ärztlichen Beratungsstelle in Hagen. Das sei im Moment ihr größtes Anliegen. Endziel sei eine Kinderschutzambulanz.

Herr Schledorn hält die Einrichtung einer Kinderschutzambulanz für dringend erforderlich. Frage sei, wer Kostenträger dieser Kinderschutzambulanz sei. Es müsse von Seiten der Verwaltung geprüft werden, wer als Kostenträger in Frage käme.

Herr Reinke bedankt sich bei Frau Borchmann und erinnert daran, dass schon beschlossen worden sei, eine Kinderschutzambulanz einzurichten. Diese Aufgabe sollte im zweiten Halbjahr vom Arbeitskreis und dem Gesundheitsamt angegangen werden. Er habe im Internet geforscht und festgestellt, dass es in vielen Städten Kinderschutzambulanzen gebe.

Frau Machatschek äußert ihr Erstaunen darüber, dass man in der Angelegenheit noch nicht weitergekommen sei. Das Gesundheitsamt müsse mit ins Boot genommen werden.

Frau Borchmann erklärt, dass es leichter sei, Spenden zu akquirieren, wenn ein Trägerverein vorhanden wäre.

Herr Dücker schlägt vor, die Verwaltung zu bitten, eine Vorlage mit dem Inhalt zu erstellen, wie man so etwas einrichten könne. In Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt und den Trägern der freien Wohlfahrtspflege könne man versuchen, zu einer Lösung zu kommen. Dies solle auch weiterhin Thema der Gesundheitskonferenz sein.

Herr Fischer hält es für sinnvoll, als Partner den Kinderschutzbund, das Kinder- und Jugendbüro und Wildwasser mit in den Prozess einzubinden, da Kinder einen leichteren Zugang dorthin hätten.

Frau Borchmann bestätigt, dass diese Organisationen beteiligt seien, da deren Vertreter auch im Arbeitskreis säßen. Als Anlaufstelle könnten diese aber in



Bezug auf eine ärztliche Diagnose nicht zur Verfügung stehen.

Herr Haensel erklärt, dass das Diakonische Werk Gründungsmitglied des SPZs sei. Es sei immer schon eine Idee gewesen, dieses entsprechend auszubauen. Hier habe es interne Probleme gegeben.

Er gehe davon aus, dass das SPZ wirtschaftlich auskömmlich arbeite. Seines Erachtens wäre es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erforderlich, einen neuen konzeptionellen Aufbau bezüglich Verwaltungsleistungen und Abrechnungsmöglichkeiten vorzunehmen. Er werde diese Position entsprechend an den Vorstand weitergeben. Er erwarte hierbei auch die Unterstützung von anderer Seite. Es könne nicht sein, dass in dieser Frage wieder in Richtung Stadt Finanzierungsmöglichkeiten gefordert würden. Das Konzept, das man mal mit der Beteiligung einer Vielzahl von Trägern beschlossen habe, müsse konsequent umgesetzt werden.

Herr Dr. Schmidt berichtet in diesem Zusammenhang, dass er heute einen Brief vom SPZ erhalten habe, in dem eine 20%ige Mitfinanzierung der Kommune gefordert werde. Man werde in der nächsten Sitzung von Seiten der Verwaltung mehr dazu sagen können.

Herr Reinke möchte auch die Jugendhilfe mit ins Boot nehmen zum Thema Prävention. Hier müssten auch Informationen im Internet zu finden sein.

Herr Steuber erklärt, dass man keine Gewähr dafür bieten könne, dass die ins Netz gestellten Informationen auch gepflegt würden. Die Jugendhilfe sei ja im Arbeitskreis aktiv.

Frau Steinbach will das Thema auch mit in den Vorstand des Kinderschutzbundes nehmen.

Herr Strüwer bedankt sich bei Frau Borchmann und stellt fest, dass Möglichkeiten der Kooperation vorhanden seien. Dies müsse jetzt von den entsprechenden Fachleuten vertieft werden. Die Verwaltung werde Informationen zusammentragen und in einer der nächsten Sitzungen darüber berichten.

6. **Geschäftsbericht 2006 für den Fachbereich Jugend & Soziales** **Vorlage: 0406/2007**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber stellt den Geschäftsbericht 2006 vor und geht dabei vertiefend auf einige Besonderheiten und Auffälligkeiten ein.

Herr Strüwer bedankt sich bei allen Akteuren für die im letzten Geschäftsjahr geleistete Arbeit.

Frau Machatschek lobt die ansprechende Aufmachung des Berichtes und be-



dankt sich ebenfalls bei der Verwaltung.

Herr Schledorn stellt fest, dass es aufgrund einer Organisationsuntersuchung eine Reihe von organisatorischen Veränderungen im ASD gegeben habe. Er bittet, nach der endgültigen Umstrukturierung dem Ausschuss diese vorzustellen.

Herr Steuber erklärt, dass er im Dezember 2006 aus dem Bereich des ASD mehrere Hilferufe erhalten habe. Die Mitarbeiter hätten deutlich gemacht, dass ihre Belastung sehr hoch sei und sie die Verantwortung nicht mehr übernehmen konnten. Daraufhin seien zwei zusätzliche Stellen vom Oberbürgermeister bewilligt worden.

Man habe vereinbart, dass alle möglichen Fälle von Kindeswohlgefährdung prioritär zu 100 % immer Vorrang hätten. Parallel sei vereinbart worden, dass eine neue Personalbemessung für den Allgemeinen Sozialen Dienst durchgeführt werden müsse.

Nach der Sommerpause werde man in eine Organisationsuntersuchung inklusive der Personalbemessung einsteigen. Darüber hinaus sei mit zwei Stellen eine zentrale Fachstelle gebildet worden, in der alle Fälle mit drohender seelischer Behinderung (§ 35 a KJHG) bearbeitet würden. Er hoffe, dass dadurch eine gewisse Entspannung eintrete.

Die Arbeitsgemeinschaft habe sich zudem aus freien und öffentlichen Trägern gebildet, um zum Thema Kindeswohl eine Vereinbarung fortzuschreiben und die fachliche Begleitung dieses Themas in Hagen zu organisieren. In diesem Jahr werde auch ein Fachtag durchgeführt.

Dr. Schmidt ergänzt, dass man ohne Wertung eventuell vorhandener zusätzlicher Aufgabenbereiche bei Betrachtung der reinen Zahlen feststellen könne, dass es Städte gebe, die bis zum Zweieinhalbfachen der Stellen im ASD beschäftigten. Da läge Hagen ganz am untersten Ende. Er habe kein Problem damit, weitere Stellen im ASD zu fordern.

Auf Frage von Herrn Strüwer teilt Herr Kothe mit, dass die beiden Stellen der zentralen Fachstelle aus dem Bestand erfahrener ASD-Mitarbeiter besetzt worden seien.

Abschließend stellt Herr Strüwer fest, dass auch in der nächsten Sitzung noch Gelegenheit bestehe, Fragen zum Geschäftsbericht zu stellen.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Geschäftsbericht des Fachbereich Jugend & Soziales zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |
-

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

**7. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen
hier: Absenkung der Kosten der Erziehungshilfe 55-M 05**

Vorlage: 0413/2007**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Kothe sagt ein paar einleitende Worte und Herrn Steinhoff erläutert die Vorlage.

Auf Bitte von Frau Machatschek erläutert Herr Steinhoff den Begriff der Westfälischen Pflegefamilie.

Herr Strüwer möchte wissen, ob die Pflegefamilien, die angeworben würden, nur aus Hagen oder auch aus dem Umfeld kämen.

Herr Steinhoff antwortet, man habe zunehmend Familien aus dem Umfeld von Hagen. Zur Zeit seien ca. 40 % der Kinder außerhalb von Hagen untergebracht.

Auf Frage von Herrn Strüwer, wie man auf sich aufmerksam mache, erklärt Herr Steinhoff, dass dies über Fleyer, das Internet und Presseartikel geschehe.

Herr Strüwer regt an, auch über die Verbände oder andere Jugendämter nachzufragen.

Herr Sczukowski möchte wissen, inwieweit die Familien, die Bereitschaftspflege machen, begleitet würden.

Herr Steinhoff weist darauf hin, dass dies Inhalt des Beschlusses gewesen sei, den der Ausschuss zu diesem Thema gefasst habe. Hier seien wöchentlich zweieinhalb Stunden pro Bereitschaftsfamilie vorgesehen. Weiterhin gebe es



eine Vereinbarung mit dem Sozialpädagogischen Zentrum, die für diese Familien Supervisionsmöglichkeiten anböten. Die Pflegefamilien würden im Vorfeld 14 Zeitstunden geschult.

Herr Haense möchte das Wohl der Kinder hinter den dargestellten Zahlen sehen. Das Einsparziel müsse hinter dem Gelingen der Inhalte zurückstehen.

Herr Steuber erinnert daran, dass es sich hier um eine Konsolidierungsvorlage handelt und nicht die Inhalte der Arbeit des Pflegekinderdienstes im Vordergrund stehe.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Maßnahmen zur Absenkung der Kosten der Erziehung im Fachdienst für Pflegekinder sind weiter umzusetzen.
2. Über den Erfolg der Maßnahme wird in 2008 im Jugendhilfeausschuss und Haupt- und Finanzausschuss berichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8. Familienzentren Hier: Mündlicher Bericht - Stand der Planung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Versteeg-Schulte berichtet vom Stand der Planung der Familienzentren.

15 Hagener Kindertageseinrichtungen hätten sich insgesamt beworben. Es sei eine Rankingliste mit dem Ziel erstellt worden, dem Bundesministerium bis zum 29.06.07 acht Familienzentren nennen zu können, die entsprechend in die Förderung aufgenommen werden sollen. Die Inhalte würden in der Sondersitzung des JHA am 19.06.07 vertieft dargestellt werden.

Herr Strüwer erklärt, dass dem Ausschuss bei diesem Thema die regionale Ausgewogenheit und die Trägerpluralität wichtig sei. Könne man sagen, dass diese Gesichtspunkte bei diesen Vorschlägen berücksichtigt worden seien?

Das kann Frau Versteeg-Schulte klar bejahen.

Herr Strüwer bedankt sich und stellt fest, dass man in der Sondersitzung hierzu



Entscheidungen zu treffen habe. Er sei der Verwaltung dankbar, dass diese trotz des engen Zeitrahmens zusammen mit den Kindertageseinrichtungen der Stadt so zügig in den Vorplanungen vertreten sei.

**9. Fortschreibung der Kindergarten - Bedarfsplanung
Betreuungssituation im Kindergartenjahr 2007/2008
Vorlage: 0420/2007**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Haack erläutert die Vorlage.

Auf Nachfrage erläutert sie den Begriff des Budgetierungskindes. Hierzu müsse man die Zahl der genehmigten Plätze betrachten. Bei zwei Gruppen wären es 50 genehmigten Plätze. Das Budget besage dann, dass 20 % umgewandelt werden könnten. Das wären 10 Plätze, wobei ein Kind unter drei Jahren zwei Plätze belege. Im Ergebnis würden dann 10 Kindergartenplätze gestrichen und dafür 5 Kinder unter 3 Jahre betreut.

Herr Sczukowski fragt, wann man erfahre, wieviel 4-jährige Kinder aufgrund der Sprachstandserhebung aufgenommen werden müssten.

Frau Haack antwortet, dass sich dies eventuell im Laufe der Sommerferien herausstelle.

Herr Strüwer möchte wissen, ob es schon einen Überblick gebe, wieviel Kinder, die nicht in den Kindertageseinrichtungen seien, bei den Sprachstandserhebungen durchgefallen seien.

Frau Haack erwidert, dass dies nicht bekannt sei. Man wisse lediglich, dass 262 Kinder in der zweiten Phase getestet würden, die noch nicht in der Kindertagesstätte gewesen seien.

Herr Strüwer stellt den Beschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Die Umsetzung erfolgt mit Beginn des Kindergartenjahres 2007/2008 am 01.08.2007.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



10. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates

Herr Strüwer erinnert an eine Anfrage bezüglich der Bewegungen in den Räumen des VIKZ.

Herr Steuber berichtet, dass der Hinweis ernst genommen worden sei. Der Integrationsbeauftragte der Stadt habe sowohl mit dem VIKZ und mit der Trägermoschee Kontakt aufgenommen. Von beiden Seiten sei versichert worden, dass die Bewegungen nichts mit der beabsichtigten aber noch nicht genehmigten Ausbildungsstätte für islamischen Imame zu tun habe. Es handele sich hier um hausinterne Abläufe wie Hausaufgabenhilfe und ähnliche Dinge.

Ende des öffentlichen Teiles: 18:25 Uhr

Gez. Strüwer
Vorsitzender

Gez. Krause
Schriftführerin